

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/84

Bonn, den 3. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Zum Regionen gehört Mat ----- Verschiebung der Verantwortlichkeiten Von H. G. Bittzel	67
3	Schul-Wirrwarr ----- Ratlose Schulleiter in Schleswig-Holstein	40
4 - 5	Wahlen notwendiger denn je ----- Athen nach der Parlamentsdebatte Von Dr. Basil P. Kethiopoulos	69
6	Reklame-Offensive ----- Der Wettlauf um den Touristen	55

Zum Regieren gehört Mut

Verschiebung der Verantwortlichkeiten

Von H.G. Ritzel

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestags steht vor dem Ende seiner Beratung des Haushaltsentwurfs 1966. Noch vor der Sommerpause des Parlaments wird sich der Bundestag damit befassen.

Das Vorschaltgesetz hat seine Wirkung getan - was vor der letzten Bundestagswahl als Wahlspeck bewilligt wurde, ist inzwischen wieder weitgehend gestrichen worden. Wie die Abschlußziffern des Haushaltsausschusses aussehen werden, ist im Augenblick noch nicht bekannt. Ausgeglichen wird der Etat nicht sein, obwohl es die Verfassung vorschreibt. Zu oft wurde schon in den vergangenen Jahren an der finanzpolitischen Wahrheit vorbeigerechnet und das Schwergewicht auf die Jahresrechnung so tie auf spätere Möglichkeiten gelegt, den Ausgleich irgendwie zu manipulieren. Die Preise sind in der Verantwortung der Regierung Erhard in 1965 um nicht weniger als 4,2 Prozent gestiegen. Jeder weitere Preisanstieg wirft die Berechnungen des Haushaltsausschusses über den Haufen. Die Abgeordneten aller Parteien - der Koalition wie der Opposition - haben sich redliche Mühe gegeben, einen Ausgleich zustandzubringen. Aber sie fechten mit dem Rücken zur Wand, die Regierungspolitik zwingt die Mitglieder des Haushaltsausschusses, soweit sie diese Regierung zu tragen und zu stützen gewillt sind, zur Beachtung einer Politik des Verzichts auf konstruktive Lösungen. Noch nicht einmal die 180 Millionen für Wissenschaft und Forschung, die die Sozialdemokraten mehr gefordert haben, weil sie wissen, daß die deutsche Zukunft einen angemessen gesteigerten Aufwand auf diesem Gebiet erfordert, konnten im Haushaltsausschuß durchgesetzt werden.

Bis auf wenige Ausnahmen herrscht Vollbeschäftigung und Hochkonjunktur. Die Zahl der Millionäre wächst Monat um Monat, es ist schon beinahe genierlich, davon zu sprechen. Die Lohnsteuer bringt riesige Erträge, aber an eine höhere Besteuerung der großen Einkommen wagt sich die Regierung nicht heran. Statt dessen geht man

krumme Wege, um eine Steigerung der Einnahmen der öffentlichen Hand zu erzielen und man verschiebt zugleich die Verantwortlichkeiten. Tarife und Gebührenansschläge werden erhöht, die Wohnungsmieten freigegeben, die Gemeinden gezwungen, ihre letzten Reserven in Anspruch zu nehmen, Reserven zulasten ihrer Einwohner durch Erhöhung aller nur denkbaren kommunalen Belastungen, kurzum - die Regierung Erhard entwickelt in eigener Zuständigkeit keine konstruktive Idee, um durch Einnahmesteigerung zulasten der Großverdiener echten Etabausgleich sicherzustellen und zugleich die auf Umwegen angedrehte Massenbelastung zu beseitigen.

Die Bundesregierung weiß, daß sie mit fast 50 Prozent am Bruttosozialprodukt beteiligt ist, aber sie steht den vermeidbaren Belastungen entschlußlos gegenüber. Statt dessen tritt der in allen Regierungsverkündigungen vergangener Jahre versprochene Finanzausgleich nicht in Erscheinung, die Schwierigkeiten der Gemeinden und mancher Länder wachsen und immer deutlicher schält sich eine bestimmte Tendenz heraus, die eine Verschiebung der Verantwortlichkeiten sichtbar und spürbar werden läßt.

Die Bundesregierung weiß, daß die Sozialdemokraten in den Gemeinden ihren stärksten Rückhalt haben. Sie kennt die Zahlen der sozialdemokratischen Oberbürgermeister und Bürgermeister, der sozialdemokratischen Mehrheiten in den Städten und in den Landgemeinden und sie kann sich ohne viel Mühe ausrechnen, daß die Verschiebung der Verantwortlichkeiten auf die Gemeinden bei gleichzeitiger Erzwungung der Einnahmesteigerung der Gemeinden durch erhöhte Anschläge bei Realsteuern, Gebühren und Ausgaben geeignet ist, die Unzufriedenheit der nicht tiefer nachdenkenden Bürger von Bunde auf die Gemeinden abzuwälzen.

Die Bundesregierung hat weder den Mut noch den Willen, unmoralisch wirkende Steuervergünstigungen abzubauen und Subventionen zu kürzen. Die Finanzmasse, die sich hier im Haushaltsjahr 1966 anbietet, umfaßt rund 25 Milliarden DM. Man sollte meinen, daß die Bestimmung der Richtlinien der Politik durch den Bundeskanzler mindestens von dieser Plattform ausgehen müßte, wenn schon der Mut zu einer sozialeren Steuerpolitik nicht vorhanden ist.

Schul-Wirrwarr

Ratlose Schulleiter in Schleswig-Holstein

Es ist nicht gut, was gegenwärtig in den Schulen Schleswig-Holsteins vor sich geht. Mit äußerst knapper Mehrheit hat die regierende CDU die Umstellung des Schuljahresanfangs von Ostern zum Herbst mit Hilfe von zwei Kursschuljahren durchgesetzt. Die CDU hat verbissen um die Verkürzung der Schulpflicht um acht Monate gekämpft. Die Sozialdemokraten waren befohnen und ausdrücklich dagegen. Sie wollten den Übergang durch ein Langschuljahr lösen, was eine Verlängerung der Schulzeit glich und eine Hebung des Bildungsniveaus bedeutet hätte. Selbst der Koalitionspartner der CDU, die FDP, übte bei der beiden Kursschuljahren Stimmenthaltung.

Die CDU setzte es durch und blieb allein. Es ist schwer, nicht von einem Chaos auf den Schulen Schleswig-Holsteins zu sprechen, dem Tausende Schüler und Lehrer ausgesetzt sind und deren Folgen sich bis in die elterlichen Wohnungen zeigen. Die Schlagzeilen aus den Tageszeitungen sprechen Bände. Da heißt es: Zahl der Klassenarbeit wird herabgesetzt. In den Sommerferien werden Förderkurse eingesetzt, Neuaufarbeitung der Lehrstoffe auf vier Jahre ist notwendig, spätere Ein- und Umschulungen sind möglich und ratsam, und "Schulleiter sind ratlos".

Man weiß nicht recht, wie es weitergehen soll. Eine Reaktionsgruppe im Kultusministerium unter Minister von Heydebreck (CDU) produziert im laufenden Band Erlasse, um das Durcheinander in den Griff zu bekommen. In Hamburg ist eine Umschulung kaum noch möglich. Schon acht Wochen nach Schuljahresbeginn soll den Schülern mitgeteilt werden, ob sie sitzenbleiben oder nicht. In der deutschen Schulgeschichte hat es das noch nicht gegeben, daß ein Lehrer schon nach acht Wochen die Chancen seiner Schüler darauf vorausbeurteilen soll.

In diese Situation hat nun die SPD-Landtagsfraktion mit einer Großen Anfrage eingegriffen. Schon am 16. Mai wird über die Pannon im Landtag ausführlich zu sprechen sein. Es muß alles getan werden, um den Bildungsstand und die Ruhe in den Schulen zu erhalten. Oppositionsführer Wilber legte die Große Anfrage vor, und der SPD-Abgeordnete und Studienrat Lund wies schon jetzt auf die Widersprüche der Erlasse des Kultusministeriums hin, die nur schwerlich einen geordneten Unterrichtsbetrieb zulassen.

Was Lund zur Situation sagte, trifft den Kern. Schleswig-Holstein hätte die Chance gehabt, beispielhaft zu zeigen, wie die Schule in der modernen Gesellschaft aussehen kann. Stattdessen verfährt man im nördlichen Bundesland rückschrittlich. Es sei daran erinnert, daß die Hansestadt Hamburg, das Nachbarland zu Schleswig-Holstein, jetzt drauf und dran ist, trotz der Schuljahresumstellung sein Schulsystem qualitativ und quantitativ zu verbessern. Man prüft sogar, ob es zu einer in jeder Beziehung durchlässigen Gesamtschule mit Volksschulern, Realschülern und Gymnasiasten als Modellversuch unter einem Dach kommen soll.

Die Volksoberschule in Preetz bei Kiel war ein solches Modell, das der damalige Kultusminister Siegel (SPD) einführte. Die CDU-Regierung, die jetzt die Schulzeit verkürzte und für die chaotischen Zustände in den Schulen mitverantwortlich ist, hat die Volksoberschule in Preetz längst liquidieren lassen.

Wahlen notwendiger denn je

Athen nach der Parlamentsdebatte

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die Regierung Stefanopoulos konnte die Debatte über das Mißtrauensvotum der Opposition im griechischen Parlament, knapp mit 151 Stimmen bei 300 Abgeordneten, was genau der absoluten Mehrheit entspricht, überleben. Sie schickte danach das Parlament in die Ferien und vertagte damit die Lösung der aktuellen politischen Probleme des Landes zunächst bis zum 15. Oktober. Die Krise, die zu dem Mißtrauensvotum geführt hatte, entstand mit dem Rücktritt des bisherigen Außenministers Tsirinkos, der am Donnerstag abdankte und gleichzeitig erklärte, daß er der Regierung sein Vertrauen entzöge und sie nicht mehr unterstützen werde. Der frühere Außenminister unterstützte den zyprischen Staatspräsidenten Makarios in seinen Forderungen, die Kompetenzen des Oberbefehlshabers der zyprischen Armee, des General Grivas, einzuschränken. Die Regierung dagegen strebte einen Kompromiß an, der die Ansichten des General berücksichtigte. Bei der fünftägigen Parlamentsdebatte konnte übrigens festgestellt werden, daß die beiden Parteien der Rechten, die die Regierung Stefanopoulos tolerieren, die konservative ERE und die rechtsprogressive Partei, zwei verschiedene Meinungen über die Geschehnisse auf Zypern vertreten. Während der Führer der ERE, Professor Kanellopoulos, die Auffassung vertrat, Erzbischof Makarios strebe einen Anschluß der Mittelmeerinsel an Griechenland an, bestritt dies der Vorsitzende der Progressiven Partei, Makkestis, und betonte, nur General Grivas verfolge eine Politik des Anschlusses.

Unabhängig von der Außenpolitik jedoch, die nur ein Thema der Debatte im Parlament war, blieb nach wie vor eine Reihe Fragen innenpolitischer Natur unbeantwortet. Die Regierung erklärte nach ihrer Konstituierung im September vorigen Jahres, daß die Sicherung der inneren Ruhe im Lande und die Stabilität der wirtschaftlichen und finanziellen Situation Voraussetzungen für die Durchführung von neuen Wahlen seien. Schon vor dem Mißtrauensvotum der Opposition hatten Kabinettsmitglieder in öffentlichen Stellungnahmen mitgeteilt, daß volle Ruhe im Lande herrsche und die Wirtschaft des Landes stabilisiert sei.

Die Zentrumsunion, die stärkste Fraktion im Parlament, hatte unter Georg Papandreou seit der Julikrise, die mit dem Rücktritt des Re-

gierungsscheit entstanden war, als Lösung des politischen Problems Griechenlands prinzipiell die Ausschreibung von Neuwahlen gefordert.

Nach der kürzlichen Debatte in der Athener Vouli (Parlament) teilen auch neutrale Beobachter diese Meinung. Der Athener Korrespondent der FAZ schrieb in einem Bericht, daß nach der Rückkehr der griechischen Nationalversammlung im Herbst auch die Rechte, die die Regierung unterstützt, die Wahlen als Ausweg fordern wird, da dieses Parlament alle Möglichkeiten der Regierung nun erschöpft habe. Dieses Kabinett ist nämlich eine seltsame Erscheinung, da es mit der Unterstützung von zwei Parteien, die nicht mit seinem Programm übereinstimmen und es nur aus Zweckmäßigkeitsgründen dulden, genau über eine Stimme Mehrheit verfügt. Die Regierung hatte dem Parlament im Januar einen Gesetzesentwurf über Steuerreformen vorgelegt, gegen den die Rechtspartei ERE Bedenken vorgebracht hatte. Das Gesetz wurde nicht verabschiedet und wird auch erst Mitte Oktober wieder zur Debatte stehen. Das neue Gesetz zur Einführung des Verflindwchsystems kam auch über das Stadium eines Entwurfs nicht hinaus und wartet auf die Rückkehr des Parlaments. Die Erziehungspolitik der Regierung, die der der Zentrumunion ähnlich ist, wird von der Rechtspresse ständig kritisiert. Unter diesen Umständen ist es klar, daß es nicht zu wichtigen Entscheidungen kommen und diese Situation auf die Dauer nicht gehalten werden kann. Die Regierung hatte im November eine eigene Partei mit Abgeordneten gegründet, die sich von der Zentrumunion gelöst hatten, das "Liberaldemokratische Zentrum". Diese Partei, in die 36 von den 45 abtrünnigen Abgeordneten eingetreten sind, hat bislang keine nennenswerte Tätigkeit entwickelt.

Griechenland braucht in einer Zeit der Integrationsbestrebungen in Westeuropa als assoziiertes Mitglied der EWG und als Partner in der Verteidigungsgemeinschaft des Westens in den nächsten wichtigen Jahren eine starke Regierung. Aus den Reaktionen der Abgeordneten nach der Julikrise und auch aus dieser letzten Parlamentsdebatte, die auf nicht gerade sehr hohem Niveau durchgeführt wurde, wurde es jedem dritten Beobachter klar, daß von der Regierung die Auffassungen der griechischen Bevölkerung über die Geschehnisse in ihrem Lande notwendigerweise berücksichtigt werden müssen. Die Zeit, das Volk an die Urnen zu rufen, kann nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Reklame-Offensive

Der Wettlauf um den Touristen

ND - Trotz der gewaltigen Entfernung zwischen Europa und Südamerika wollen die Südamerikaner versuchen, ein Stück vom großen Kuchen des europäischen Touristenwanderns abzubekommen. Beschränkte sich der Massentourismus in Süd- und Mittelamerika hauptsächlich auf Nordamerikaner, die mit prallgefüllten Brieftaschen die Badestrände Lateinamerikas bevölkerten, so haben die Iberoamerikaner auch die Europäer und besonders die Deutschen als öviseuträchtige Einnahmequelle entdeckt.

Hatten in der Vergangenheit einzelne Reisetouren auch Kreuzfahrten und Südamerika-Reisen geboten, die für den Geldbeutel des kleinen Mannes unerschwinglich waren, so gehen jetzt die Bemühungen dahin, den Normalurlauber nach Lateinamerika zu locken.

Billige Charterflüge nach Venezuela kündigte das vor kurzem in Frankfurt (Main.) errichtete erste staatliche venezolanische Fremdenverkehrsamt in Europa an. Angesichts der kommenden Olympiade in Mexiko wollen auch die mexikanischen Fremdenverkehrsunternehmen einen Teil des europäischen Massentourismus in ihr Land lenken. Der Leiter des mexikanischen Fremdenverkehrsamtes, der ehemalige Staatspräsident Miguel Alemán Valdés, kommt häufig nach Europa, um die Vorbereitungen für die "Operation Euro-Tourist" nach Kräften anzukurbeln. Schon ist das mexikanische Luxusbad Acapulco am Palmenstrand der Pazifikküste zum "Schlager des kleinen Mannes" geworden. Eine geschickte Werbung weist "unauffällig" darauf hin, daß man selbst in Acapulco schon für 16 DM Vollpension erhalten könne in Hotels und Pensionen, die einen Vergleich mit europäischen Unternehmen nicht zu scheuen brauchen.

Nikaragua und selbst das "rote Kuba" wollen als "Trittbrettfahrer" auf dieser Welle reiten und bereiten ebenfalls attraktive Angebote vor. anstatt sich wie bisher auf den Globetrotter mit dem großen Geldebeutel zu beschränken.

Die ersten zaghaften Versuche, in Europa für den Tourismus zu werben, machten die Lateinamerikaner bezeichnenderweise in Berlin bei den 1964 und 1965 im Rahmen der Deutschen Industrie-Ausstellung veranstalteten Sonderschauen "Partner des Fortschritts."

Mit Prospekten und Filmvorführungen bereiteten sie die Reklame-Offensive vor, die jetzt auf die europäischen Touristen zureilt.